

Gelesen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **82 (1988)**

Heft 2

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

*Wir benützen den Anlass,
um Euch, getreue, liebe Eidgenossen,
samt uns dem Machtschutz Gottes
zu empfehlen.*

Gelesen

Der Schweizerische Bundesrat
Ende 1987
in seiner Mitteilung, dass er
die N4 ins Knonaueramt
öffnen wolle.

Ein Brief aus Bern

Offiziell ging er an «getreue, liebe Eidgenossen», jener Brief aus Bern, der nur einen Tag nach dem Volksentscheid für Rothenthurm einen neuen Abschnitt in einem oft mit dem Widerstand gegen den Waffenplatz im Hochmoor verglichenen Kampf eingeleitet hat: an die Regierungsräte der Kantone Zürich und Zug sowie an die Innerschweizer Regierungskonferenz. Der Bundesrat habe die Situation bei der umstrittenen Autobahn zwischen Cham und Wettswil eingehend diskutiert und sich – mit flankierenden Massnahmen – für eine Öffnung des bereits erstellten Teilstücks bis Knonau entschieden.

Ein weiteres Zuwarten «hätte für weitere Teilstrecken des noch fertigzustellenden Nationalstrassennetzes schwerwiegende präjudizielle Folgen». Und im übrigen werde er «alles daran setzen, die Erstellung der durchgehenden N4, die zu der allseits angestrebten Verkehrsentslastung in beiden Kantonen führen wird, voranzutreiben und damit die vorgegebenen Ziele der Umweltschutzgesetzgebung, im besonderen hinsichtlich Lärm und Luftreinhaltung, zu erreichen».

Nach dieser, jeder ökologischen Vernunft widersprechenden Feststellung endet das landesherrliche Schreiben mit der offensichtlich historischen Formel: «Wir benützen den Anlass, um Euch, getreue, liebe Eidgenossen, samt uns dem Machtschutz Gottes zu empfehlen.»

Erste Antwort: ein Protestbrief

Was gibt es für Reaktionen auf so einen Brief? Der mehrfach bedrohliche Inhalt ist durch die fast absurd anmutende Form einen Moment lang abgedefert worden. Dann haben wir protestiert und demonstriert. Vier Tage nach Bekanntwerden des Entscheides waren tausend ungetreue Miteidgenossinnen und Miteidgenossen aus der betroffenen Region auf der Strasse, spontanen Aufrufen folgend, ohne Bewilligung, mit Transparenten und Traktoren.

Eine erste inoffizielle Antwort auf braunem Packpapier, mit farbigen Filzstiften auf langer Rolle unterschrieben, ging nach Bern: «Eure Absicht, die Autobahnruine zwischen Cham und Knonau flicken und eröffnen zu lassen, hat uns erschreckt. Wie Ihr wisst, hat das Volk im Kanton und in der Region, in der wir leben, die N4 klar abgelehnt. Auch wurden in kürzester Zeit im ganzen Land sehr viele Unterschriften für die Kleeblatt-Initiativen gesammelt und eingereicht . . . Wollt Ihr wirklich, dass wir in der Zwischenzeit im Verkehr halb ersticken?»

Noch vor Weihnachten folgte dazu per Bahn ein aus dem Asphalt gebrochenes Stück des Autobahnstummels, cargo domizil Bundeshaus, von einem Knonauer Bauern mit dem Meissel in die Form unseres Landes gebracht. «Möge es Euch veranlassen, bis zur Volksabstimmung hier alles so sein zu lassen, wie es ist.»

Zweite Antwort: ein Warnfeuer

Bei einer zweiten Aktion in der Neujahrsnacht waren die Gewichte zwischen den Worten und der Symbolik noch mehr verschoben. Zu dem am provisorischen Autobahnende entzündeten Warnfeuer hat es keine Ansprachen gegeben. Es wären kaum noch neue Argumente vorzubringen gewesen. Die den Medien übermittelte Erklärung war knapp. Bern sei gewarnt: «Einer N4-Öffnung bei Knonau wollen wir nicht tatenlos zusehn.»

Für mich hat der stets breit und phantasievoll geführte Kampf gegen dieses zerstörerische Projekt zehn Jahre des Lebens, des politischen Engagements, des Bewusstseins geprägt. Als ich in die Flammen sah, welche über eine Stunde aus dem zwölf Meter hoch geschichteten Holzturm schlugen, wurde mir klar, dass das grosse Wort vom Widerstand jetzt für einige von uns ein klein wenig verbindlicher wird. Lange unbestimmt gebliebene Überlegungen müssen präziser werden. Aber wie können wir die Möglichkeiten, die uns bleiben, offen genug prüfen? Wo ziehen wir die Grenzen? Was verantwortet wer?

Ein tiefgreifendes Unbehagen mischt sich mit dem guten Gefühl des gemeinsamen Handelns gegen den wachsenden Druck, gegen diese politisch so furchtbar durchsichtige Erpressung. Obwohl ich Aktionen gegen jeden Teilschritt der vom Bundesrat angedrohten Öffnung der Autobahn für legitim und notwendig halte, erfüllt mich die Entwicklung mit Sorge. Vielleicht auch Angst? Es ist keine neue Weisheit: Das Spiel mit dem Feuer ist gefährlich.

Rothenthurm als Hoffnung

Schon beim Lesen der Unterlagen aus Rothenthurm, von wo wir die Idee der Warnfeuer für Knonau übernahmen, spürte ich, dass die hinter ihr stehende Tradition mir fremd ist. «Zum schnellen Aufbieten der wehrfähigen Mannschaft» wurden die Hochwachtfeuer in der alten

Eidgenossenschaft entfacht, «um feindliche Grenzüberschreitungen schnell zu melden». Das ist zwar nicht unsere Sprache, aber auf neue Art ist es genau unser Problem.

Mit den Warnfeuern haben die Rothenthurmer im Jahre 1982 begonnen, als der Bund die Pläne des EMD gegen den Willen der Bevölkerung mit Enteignungsverfahren vorantreiben wollte. Alle politischen und juristischen Mittel wurden dagegen gesetzt. Einmal haben auch Militärbaracken gebrannt. Es gab Phasen der Resignation, nachdem die ersten Vorbereitungsarbeiten für den Waffenplatz erfolgten. Wir haben damals in einer Solidaritätsaktion als etwas trostlose Geste manches Dutzend kleine Tännchen in die von Strassenbaumaschinen frisch aufgerissene Erde gepflanzt. Die vielen hundert Bäume und Sträucher, die wir im bedrohten Gebiet des Cholmattli mit Bändern markierten, war später in der Zeitung zu lesen, sind alle umgelegt worden. Rechneten wir am 6. Dezember letzten Jahres noch mit einem Ja?

Wenn wir uns auch im Säuliamt trotz allem und auf allen Ebenen weiter gegen die Zerstörung unseres Lebensraumes wehren, haben wir eine Chance, am Ende wie die Rothenthurmer einen Volksentscheid gegen die Berner Politik zu feiern. Und dieses Ja kann wieder weiter wirken. Inzwischen könnten wir irgendeinen Schutz vor der im Namen Gottes verfassten Macht sicher brauchen.

Hans Steiger

P.S. Wer sich für den zurzeit in Gründung begriffenen Warnfeuer-Verein der N4-Gegner interessiert, welcher mit Aktiv- und Passivmitgliedern eine organisatorische Basis für direkte Aktionen gegen eine Öffnung der Autobahn schaffen soll, wendet sich an Frei-Schneebeli, Im Margel, 8934 Knonau.